



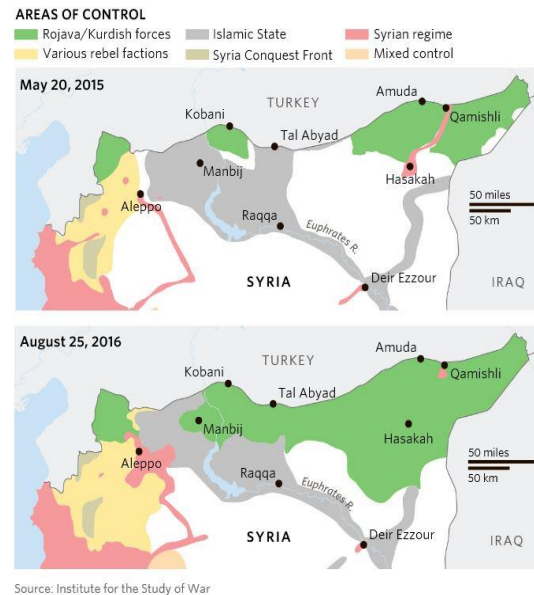
## Büroversehen

### *Akteure und Apparate in Amerika, Syrien, Marokko und Deutschland*

Auf Verluste antwortet der "Islamstaat", IS, in Libyen, in Syrien und im Irak durch Terror, wobei sein Sprecher Abu Muhammed al-Adnani, der dazu stets auch Jihadisten im [Westen](#) anhielt und Ende Juni 2014 Abu Bakr al-Baghdadi zum "Kalifen" erklärte, am 30. August in Nordsyrien fiel. Im libyschen Sirte verlor der IS zwar das Hauptquartier. Jedoch hat er Rückzugsräume in Bani Walid; und in Ghat nach Algerien, Niger und Mittelfrika. Rivalen aus Misurata vertrieben den IS. Indessen sorgten in Bagdad IS-Suizidbomber in Wellen für viele Tote. Allmählich kommt ein IS-Ende zwar in Sicht, doch fällt es recht langwierig aus.

Syrer hofften auf Diplomatie, vor allem der Präsidenten Obama und Putin. Nichts Neues hörten sie aus China, obwohl die Lage in Aleppo arg ist. Dazu kommt der türkische Einfall in Nordsyrien, der kurdische Ost- und Westräume trennt. Am 4. August sprachen darüber Kanzlerin Merkel und Präsident Erdoğan in Hangzhou. Heraus kamen ein Ja für deutsche Abgeordnetenbesuche auf der Basis [İncirlik](#) und "etliche Wochen", bis der [Flüchtlingspakt](#) voll realisiert werde. Biometrische Pässe - und neue Terrordefinitionen zählen sicher dazu.

Mit US-Hilfe waren Syriens Kurden auf dem Weg, gegen den IS und das al-Asad Regime ihr "föderales Rujava" in Nordsyrien zu schaffen. Sie hatten Jazira, Kubani und Afrin vereint und streben nach einer Autonomie mit al-Hasaka als Kern, die sie bereits am 16. März ausriefen. Dies passt Ankara nicht. Als Vizepräsident Joe Biden am 24. August dort ankam, rollten Binali Yıldırıms Panzer schon. Auch der Amerikaner wünschte einen Rückzug der Kurden hinter die Euphrat-Linie, um Syriens Einheit zu wahren. Doch gerät Amerika in eine Zwickmühle. Erst rüstete es Kurden auf, dann lässt es sie für die türkische Politik fallen. Kurden wollen an den Genfer Tisch. Kann man sie, siegende, alliierte anti-IS-Truppen fragen, ihr Land zu verlassen?



Sicher hegt Ankara seine Gründe, das in drei kurdische Konflikte verwickelt ist: im eigenen Land, in Syrien und im Irak. Aber die schwelen im Grunde seit dem Ersten Weltkrieg, als der [Kurden](#) Vorstellungen keine Realität wurden. Hundert Jahre später hat sich alles blutig ausgeweitet. Erdoğan in Hangzhou: er wünsche keinen "Terroring um sein Land oder die Region". Eine Gesamtregelung steht an. Sie hängt auch vom Wandel in der Türkei ab. Die Berliner [Analyse](#), wonach dieses Land "zentrale Aktionsplattform" für Islamisten wie die ägyptischen Muslimbrüder und die palästinensische Hamas sei, wirft lange Schatten, auch wenn Innenminister Thomas de Maizière jetzt plötzlich - vom "Büroversehen" reden lässt.

## Keine Jungfrauen

Aber es gibt nicht nur Islamisierungen, sondern Gegenläufiges. So sprach Marokkos König Muhammad VI. zu seinen Landsleuten im Ausland über Immigration und Jihad in Europa. Dort wurde der katholische Priester Jacques Hamel in seiner Kirche ermordet. Dies sei eine unverzeihliche, von der Scharia verbotene Sünde [die Bluttat am 26. Juli in der Normandie nannte Angela Merkel einen "zivilisatorischen Tabubruch"]. Die Terroristen, so der König, die im Namen des Islams wirkten, seien keine Muslime und schmoren ewig in der Hölle. Seit wann sei Jihad, so Unschuldige zu töten, oder dass Gott dazu Suizidbomber anweise?

**Jihad**, sagt der Monarch am 20. August, darf nur der Verteidigung dienen, nie Aggression und Morden. Häretiker missbrauchten die Jugend, speziell in **Europa**. Glaube jemand mit gesundem Verstand, der Lohn des Jihads seien Jungfrauen im Paradies? **Terroristen** nutzen alles aus, um Ordnungen zu treffen, die Werte der Freiheit, Offenheit und Toleranz hegen. Angesichts der Ignoranz im Namen der Religion sollten die Muslime, Christen und Juden zusammen gegen den Extremismus und Hass kämpfen, wozu es viele historische Fälle gab.

Diese Reaktion ist beispielhaft nach einem so grausigen Verbrechen. Sie löst sicher nicht den Disput darum, was im Islam liberal ausgelegt werden könnte. Wer mit der Geschichte der Bibelkritik vertraut ist, kennt einen säkularisierenden Prozess ihrer Historisierung, der zu einer Vielfalt an Interpretationsarten geführt hat. Wie man es auch auslegen mag, es gibt zwei unumstößliche Fakten zum Islam. Ähnliches läuft bereits vor unseren Augen ab. Das führt auch zum liberalen Regionalislam, der bunt in Indien, Amerika und Mittelost gedeiht.

## Frexit

Der Euroislam zweigt sich in Deutschland aus. **Integrationsbeispiele**, die das Kanzleramt vorstellt – ein Friseur, Bademeister, Kindergartenkind und guter Student – sind noch wenig überzeugend. Angela Merkel sprach am 1. September davon, wie schwer es sei, Personen aus "einem ganz anderen Kulturkreis" aufzunehmen, weshalb Integrationsaufgaben anders und größer wären. Was vor einem **Jahr** ein humaner Rettungsakt war, zeitigt tiefe Folgen.

Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist? Nein, es verändert sich enorm. Nicht allein wegen des jährlichen Zustroms von 300.000 und dem Familiennachzug, sondern da die Opposition umgeht. In Merkels Wahlkreis Mecklenburg-Vorpommern erzielte die Alternative für Deutschland in Landtagswahlen am 4. September mit 22 Prozent den größten und alleinigen Zuwachs. Das ist der Anfang, vier der Wahlen folgen. Am Vortag nannte die Chefin der Nationalen Front Marine Le Pen Islamismus den neuen Totalitarismus des 21. Jahrhunderts. Sollte sie im Mai Präsidentin werden, kündigte sie ein Referendum zum "Frexit" an. Steht also ein **Zerfall** der Europäischen Union bevor?

Außenminister Steinmeier erklärte **Leitlinien** und einen dreifachen Fokus seines Hauses: engagierte Krisenpolitik, Zukunftsfragen und Europa. Dieser Westfale, seit 1998 in vier Kabinetten, nennt Deutschland "reflektive Macht". Reflektiv für ein "waches Bewusstsein der fortdauernden Eigenheiten der deutschen Rolle". Global sei man bereit, Verantwortung zu tragen, auch wenn sich Berlin danach nicht aktiv dränge. Eher seien es "Veränderungen der Welt um uns herum". Er nennt sich einen "Unterstützer Obamas". Ob er wohl damit auch die stets notwendige kritische Distanz wahren konnte? Immerhin rückte Frank-Walter Steinmeier nicht von der Armenier-Resolution des **Bundestags** ab, die er wie die Kanzlerin noch bekräftigt hat.

Wolfgang G. Schwanitz